

HINTERGRUNDPAPIER

Die EU-Taxonomie

Fortschritte, Versäumnisse und aktueller Stand der Dinge

Christoph Hoffmann



Zusammenfassung

Sie ist das zentrale Element der europäischen Sustainable-Finance-Strategie und das weltweit detaillierteste und größte Klassifizierungssystem für nachhaltige Aktivitäten – die EU-Taxonomie. Sie soll Finanzmarkt- und Wirtschaftsakteur:innen dabei helfen, nachhaltige Investitionen einheitlich und eindeutig bestimmen zu können, und so Greenwashing verhindern. Außerdem soll mit dem Instrument sichergestellt werden, dass genügend Finanzmittel für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft bereitstehen.

Zwar hat die EU-Taxonomie ihren Ursprung bereits im Jahr 2019, gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhielt sie jedoch erst um den Jahreswechsel 2021/2022, als die EU-Kommission ihren Vorschlag für einen komplementären delegierten Rechtsakt vorlegte, der die Aufnahme der beiden umstrittenen Technologien Atomenergie und fossiles Erdgas in die Taxonomie vorsah. Das EU-Parlament stimmte diesem Vorschlag im Juli 2022 zu.

Dieses Briefing gibt einen ausführlichen Überblick über die Entwicklungen rund um die EU-Taxonomie vor und nach der Entscheidung des EU-Parlaments.

Impressum

Autor:

Christoph Hoffmann

Titelbild:

Nicholas Ahonen / Shutterstock

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Dezember 2022

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/87746

STIFTUNG
MERCATOR

Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator.
Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

Inhalt

1	Hintergrund und Struktur der EU-Taxonomie	4
2	Erster Teil der EU-Taxonomie ist rechtskräftig.....	6
3	Atomenergie und fossiles Gas in EU-Taxonomie aufgenommen	7
4	Fahrplan für die Zukunft: Wie es mit der Taxonomie weitergeht.....	10
5	Soziale Taxonomie	11
	Exkurs: Offenlegungspflichten im Rahmen der EU-Taxonomie	12
6	Quellen	16

1 Hintergrund und Struktur der EU-Taxonomie

Das zentrale Element der Sustainable-Finance-Strategie der EU ist die EU-Taxonomie für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten (Europäische Kommission 2022). Sie ist ein **Klassifizierungssystem mit festgelegten Prüfkriterien für ökologisch nachhaltige Aktivitäten**. Dieses Klassifizierungssystem soll es Finanzmarkt- und Wirtschaftsakteur:innen erleichtern, nachhaltige Investitionen einheitlich und eindeutig bestimmen zu können, und so **Greenwashing verhindern**. Die Taxonomie ist also in erster Linie ein **Transparenzinstrument**. Gleichzeitig soll sie den **enormen Finanzierungsbedarf für den wirtschaftlichen Umbau zur Nachhaltigkeit sicherstellen**. Die Idee: Eine zukünftig steigende Nachfrage nach grünen, mit der Taxonomie kompatiblen Finanzprodukten leitet zusätzliches Finanzvolumen in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten und Projekte um. Die Verordnung ist zunächst dafür entwickelt worden, private Investitionen in nachhaltige Tätigkeiten zu leiten, wird aber langfristig aller Voraussicht nach **auch auf öffentliche Investitionen und Aktivitäten angewendet – im Beihilferecht, bei Fonds oder auch bei Förderprogrammen**. Das macht sie zu einem politisch bedeutenden Instrument und zu einer **Blaupause für globale Standards für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten**.

Eine Investition gilt dann als nachhaltig, wenn sie einen Beitrag zu einem der sechs definierten Umweltziele leistet und kein anderes Umweltziel erheblich beeinträchtigt („Do no significant harm“-Kriterium) sowie den Mindestschutz von Arbeitnehmer:innen und Menschenrechten gewährleistet. Die Prüfkriterien für die Umweltziele „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ sind bereits verabschiedet, während die restlichen vier Ziele noch in der Finalisierungsphase sind (siehe Abbildung 1).

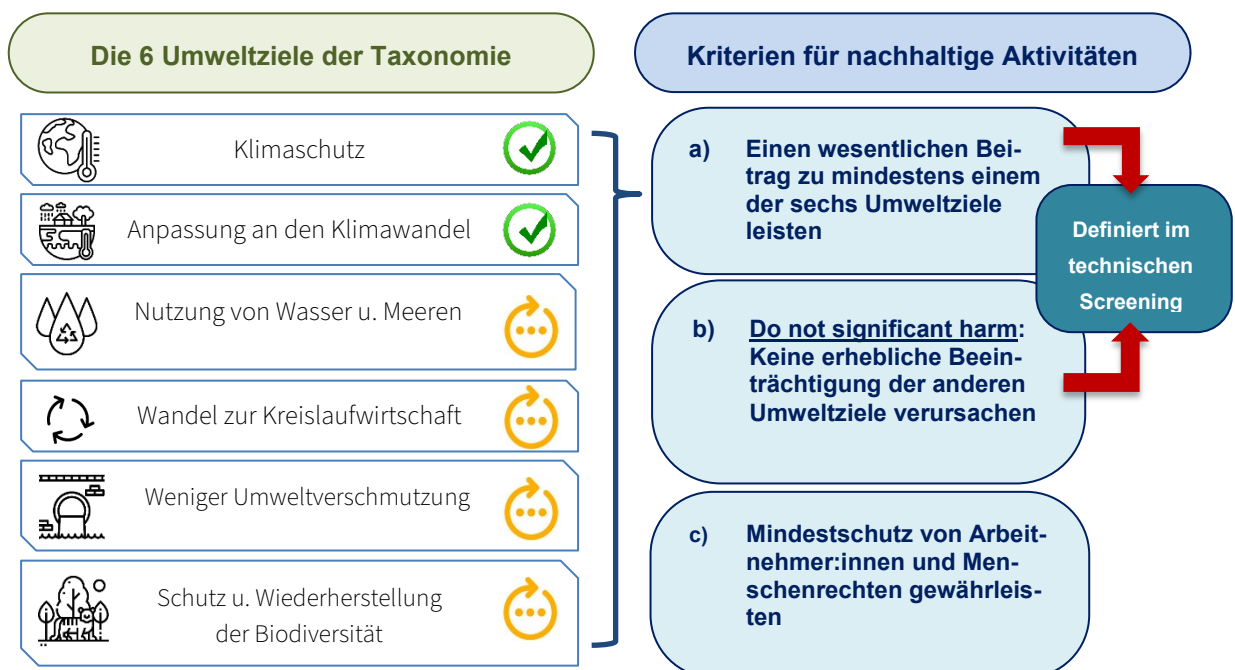


Abbildung 1: Überblick über die EU-Taxonomie. Quelle: Eigene Darstellung.

Als wichtiges Expert:innen- und Beratungsgremium der EU-Kommission in Sachen EU-Taxonomie fungiert seit Oktober 2021 die „[Platform on Sustainable Finance](#)“. Ihr Hauptzweck besteht darin, die Kommission bei der Weiterentwicklung der EU-Taxonomie zu beraten und sie bei der technischen Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu unterstützen, um die EU-Taxonomie umzusetzen.

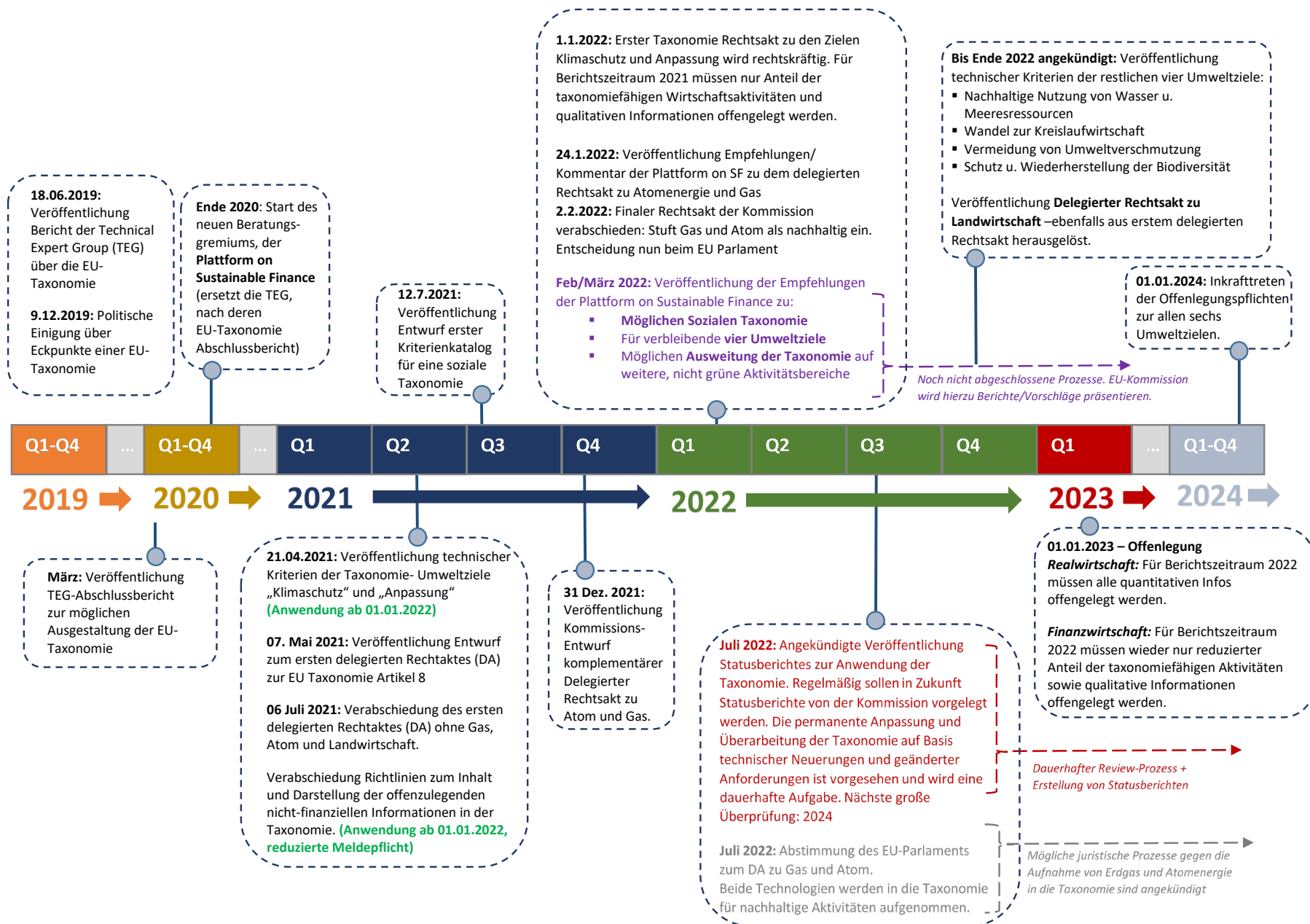


Abbildung 2: Meilensteine und Blick in die Zukunft der EU-Taxonomie. Quelle: Eigene Darstellung.

2 Erster Teil der EU-Taxonomie ist rechtskräftig

Die europäische Kommission veröffentlichte im April 2021 die technischen Kriterien zu den Umweltzielen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel der EU-Taxonomie. Ursprünglich waren auch Kriterien für fossiles Erdgas, Atomenergie und Landwirtschaft in den Kriterien für diese ersten Umweltziele enthalten. **Aufgrund starker Meinungsunterschiede zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wurden diese drei Bereiche allerdings aus dem ersten delegierten Rechtsakt herausgelöst und in einen zweiten komplementären delegierten Rechtsakt verschoben.** Der ursprüngliche Rechtsakt wurde im Juni verabschiedet. Die Diskussion, vor allem um fossiles Erdgas und Atomenergie, hat in der Folge immer größere Kreise gezogen. Wegen Unstimmigkeiten zwischen Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftsministerium zu den Details der Gaskriterien gab die alte Bundesregierung keine deutliche Position ab (Spiegel 2022). **Am 08. Dezember 2021 endete die Überarbeitungsfrist des ersten delegierten Rechtsaktes zur EU-Taxonomie, wodurch dieser – ohne die kritischen Inhalte Atomenergie, Gas und Landwirtschaft – seit dem 01. Januar 2022 rechtskräftig ist.**

Empfehlungen/Position Germanwatch:

Germanwatch begrüßt, dass der erste Teil der EU-Taxonomie rechtskräftig geworden ist. **Ein wichtiger und guter Schritt für Finanzmarkttransparenz und die Hebelung von klimakompatiblen Zukunftsinvestitionen** (siehe auch [Blogbeitrag](#) Germanwatch).

Besonders erfreulich:

- Die Festlegung des technologieneutralen Grenzwertes von 100g CO₂/kWh für alle Investitionen in Energieerzeugungstätigkeiten, die nach der Taxonomie als „nachhaltig“ gelten. Jedes Stromerzeugungssystem, dessen direkte Emissionen 270g CO₂/kWh überschreiten, wird als „erheblich umweltschädigend“ eingestuft. **(Mit der Ausnahme von fossilem Erdgas über den komplementären delegierten Rechtsakt, Juli 2022).**
- Zu begrüßen ist, dass die Prüfkriterien in **regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit und Aktualität hin überprüft werden**. Spätestens dann müssen die stark von Greenwashing betroffenen Teile der Taxonomie nachgebessert und durch wissenschaftsbasierte Kriterien ersetzt werden.

Zu kritisieren sind Mängel des Kriterienkatalogs vor allem im Bereich Forstwirtschaft und Bioenergie. Hier bleiben die Kriterien hinter den wissenschaftsbasierten Empfehlungen der Expert:innenkommission zurück.

- Die Prüfkriterien stufen etwa **die industrielle Abholzung von Wäldern, die CO₂ speichern, und das klimaschädliche Verbrennen von Holz zur Energiegewinnung als nachhaltig ein**. Außerdem werden durch die neue Verordnung nahezu alle Formen des Holzeinschlages und der Abholzung von Wäldern als „nachhaltig“ definiert. Die in diesen Bereichen als „grün“ klassifizierten Aktivitäten bleiben an vielen Stellen hinter der bestehenden Marktpraxis zurück. Nordische EU-Länder wie Schweden und Finnland haben sich nach intensiven Lobbybemühungen gegen die Vorschläge der Expert:innengruppe durchgesetzt.

3 Atomenergie und fossiles Gas in EU-Taxonomie aufgenommen

Der Streit und die mediale Aufmerksamkeit rund um die beiden kontroversen Energien fossiles Gas und Atomenergie erreichte ab Dezember 2021 einen neuen Höhepunkt. Am Silvesterabend 2021 überraschte die EU-Kommission mit einem Rechtsaktentwurf, der Gas und Atomenergie in die Taxonomie der nachhaltigen Aktivitäten unter bestimmten Kriterien aufnehmen sollte. Der Entwurf des delegierten Rechtsaktes durchlief eine Konsultation. **Die EU-Plattform für Sustainable Finance sowie viele weitere Expert:innen aus Wissenschaft, NGOs, Industrie und Finanzwirtschaft sprachen sich gegen die Aufnahme beider Technologien in die Taxonomie aus.** Die Kommission hielt allerdings an ihrer Position fest, sodass am Ende das Europaparlament über den komplementären delegierten Rechtsakt zu Atomenergie und fossilem Gas abstimmte. Im Rat deutete sich eine klare Mehrheit für den Kommissionsentwurf ab. Während die Gas-Lobby zu strenge Grenzwerte bemängelte, sahen NGOs in der Entscheidung, Gas und Atomkraft als nachhaltig einzustufen, eine große Gefahr für Greenwashing und mögliche Schlupflöcher sowie einen klimapolitischen Rückschritt. Zahlreiche offene Briefe von Parlamentarier:innen, Zivilgesellschaft, Regierungen und Verbänden wurden veröffentlicht. Schließlich änderte sich die geopolitische Lage durch den Krieg in der Ukraine – mit Konsequenzen für russische Gaslieferungen –, was die Taxonomiediskussion zusätzlich beeinflusste. Gas ist zu einer Quelle für Energieunsicherheit und Inflation geworden. Die geopolitische Fragilität Europas, die auf einer großen Abhängigkeit von russischen Energieimporten beruht, ist sehr offensichtlich zu Tage getreten. Am Ende einer intensiv geführten Debatte stand durch **die Zustimmung einer Mehrheit der Parlamentarier:innen** (für die Aufnahme stimmten 328 MEPs, dagegen 278 MEPs, 33 MEPs enthielten sich) vom 06. Juli 2022 fest, **dass der Kommissionsentwurf des delegierten Rechtsaktes angenommen wird und beide Technologien in die Taxonomie aufgenommen werden.**

Folgende Hauptkriterien gelten nun für Investitionen in Erdgas und Atomenergie:

Investitionen in Kernkraftwerke werden in die EU-Taxonomie aufgenommen, sofern:

1. die geltenden EU-Rechtsvorschriften eingehalten werden.
2. die Baugenehmigung für neue Kraftwerke vor 2045 erteilt wurde.
3. bis 2050 ein detaillierter Plan für die Inbetriebnahme eines Endlagers für die von der Anlage erzeugten hochradioaktiven Abfälle ausgearbeitet wird.



Investitionen in Gaskraftwerke werden in die EU-Taxonomie aufgenommen, sofern:

1. die Kraftwerke entweder 270g CO₂/kWh am Verbrennungszeitpunkt emittieren oder durchschnittlich 550kg CO₂/kW pro Jahr über 20 Jahre.
2. die Betreiber:innen des Kraftwerkes versprechen, bis 2035 vollständig auf „kohlenstoffarme Gase“ (z. B. grünen Wasserstoff) umzustellen.
3. das Gaskraftwerk eine bestehende Stromerzeugungsanlage (Kohle) ersetzt. Dies gilt nur, wenn die bestehende Energieerzeugungsaktivität nicht glaubwürdig und effizient durch Erneuerbare Energiequellen ersetzt werden kann.



Ergänzung: Für eine detaillierte Übersicht der Kriterien siehe [hier](#). Quelle: EU-Kommission (2022a).

Der folgende Abschnitt liefert eine Übersicht über **Argumente, die gegen die Aufnahme von Kernenergie und fossilem Gas in die Taxonomie sprechen** (keine vollständige Sammlung):

- Die Taxonomie ist ein **Transparenzinstrument**, welches eine **Beschreibung der Umweltleistung einer Tätigkeit liefert**. Sie verbietet weder Investitionen, noch verpflichtet sie jemanden, in eine bestimmte Tätigkeit zu investieren. Jeder EU-Mitgliedstaat wäre weiterhin frei gewesen, Investitionen in Gas und Kernenergie mit öffentlichen und privaten Mitteln zu unterstützen.
- Die Kennzeichnung von Gas und Kernenergie als nachhaltig ist **kontraproduktiv für Investor:innen und Banken, die zuverlässige Informationen über die Umweltauswirkungen der Aktivitäten benötigen**, die sie finanzieren wollen. Viele Akteur:innen schließen heute bereits in ihren Kriterien für „grüne“ Produkte Gas und Kernenergie aus – die EU-Taxonomie hat hier einen Rückschritt gemacht und **gefährdet durch die Einstufung die Glaubwürdigkeit** des gesamten Instruments:
 - Viele Investor:innen, Banken und Investor:innenkoalitionen, darunter der holländische Pensionsfond, deutsche Akteur:innen aus der Net-Zero Banking Alliance, die Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC), die UN-Principles for Responsible Investment (UNPRI) und der Asset-Manager BlackRock, haben die EU-Entscheidung deutlich als falsches Signal kritisiert.
- **Weder bei den Kriterien für Gas noch bei denen für Atomenergie gibt es einen wirksamen Sanktionsmechanismus bei Nichteinhaltung.** Die Investitionen könnten zum möglichen Sanktionszeitpunkt bereits viele Jahre als nachhaltig klassifiziert und amortisiert worden sein.
- **Gas und Atomkraft als grün einzustufen, verstößt gegen die Grundsätze der Taxonomie selbst und fügt ihr so strukturellen Schaden zu:**
 - Die Grenzwerte bei der Energieproduktion von 100g CO₂/kWh als Obergrenze für „nachhaltige“ Aktivitäten und 270 g CO₂/kWh für „erheblich umweltschädigende“ Aktivitäten wurden von der Technical Expert Group (TEG) vorgeschlagen, da diese mit den europäischen Klimazielen kompatibel sind. Durch die Entscheidung der EU unterscheiden sich die Kriterien für Erdgas nun von denen für andere Energieformen.
 - Bis 2050 werden weiterhin radioaktive Abfälle produziert, ohne dass eine endgültige Lösung für deren sichere Entsorgung gefunden werden muss. Es ist sehr umstritten, ob Kernenergie überhaupt mit den Umweltzielen der Taxonomie und dem „Do no significant harm“-Kriterium vereinbar ist.
- Bezüglich fossiler Erdgasinvestitionen besteht eine hohe Gefahr, dass **entweder Vermögenswerte stranden oder es zu einem „Carbon Lock-in“ kommt**. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat in ihrem jüngsten Bericht „Net Zero by 2050“ festgestellt, dass zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C keine Investitionen durch OECD-Länder (OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development) in neue fossile Brennstoffe getätigt werden sollten. Die Stromerzeugung muss in der OECD laut dem Report bis 2035 zu 100% emissionsfrei sein. Es ist also fraglich, ob man die Kriterien der EU-Taxonomie in dieser Form noch als „wissenschaftsbasiert“ bezeichnen kann, zumal das eigene Expert:innengremium der Kommission, die „Platform on Sustainable Finance“, gegen die Aufnahme der Technologien war. Außerdem ist es äußerst fraglich, ob bis 2035 ausreichend grüner Wasserstoff zu Verfügung steht, um die Transitionskriterien für Erdgas, die eine Umstellung auf „kohlenstoffarme Gase“ bis 2035 vorsehen, zu erfüllen. Falls dem nicht so ist, gibt es auch hier keine Sanktionsmechanismen für dann bereits lange als „grün“ gekennzeichnete Projekte.
- Der Treibhausgasausstoß von fossilem Gas ist erheblich höher als oft angegeben: Methan, der Hauptbestandteil von fossilem Gas, ist 84-mal schädlicher für das Klima als Kohlendioxid, und versteckte Methanemissionen sind bislang zu wenig berücksichtigt worden.

- **Kernenergie ist mittlerweile mit sehr hohen Kosten pro kWh verbunden.** Dazu kommen die **langen Bauzeiten** von neuen Atomkraftwerken sowie die **Betriebsunsicherheit** aufgrund der Klimakrise (Meeresspiegelanstieg, Kühlwasserprobleme an Flüssen).
- Es besteht ein dringender Bedarf an Investitionen in Batterien und andere Formen der Speicherung, aber auch in andere Technologien für eine schnelle Energiewende. Diese Technologien wurden in die Taxonomie aufgenommen, aber die gleichzeitige Aufnahme von Kern- und Gaskraftwerken birgt die Gefahr in sich, dass **wesentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung in sehr wichtigen Zukunftsbereichen behindert oder verlangsamt werden.**

Österreich hat nach einer rechtlichen Analyse aus dem Jahr 2021 (BMK Infothek 2021) angekündigt, gemeinsam mit Luxemburg eine bereits vorbereitete Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Aufnahme von Erdgas und Kernenergie in die Taxonomie einzubringen, sobald der delegierte Rechtsakt rechtskräftig ist. Die beiden Länder beziehen sich hier auf eine vermeintliche Kompetenzüberschreitung der EU-Kommission. Laut Regierungssprecher Steffen Hebestreit lehnt die Bundesregierung Kernkraft in der Taxonomie ab, möchte jedoch nicht klagen (Zeit 2022).

Auch die deutsche Zivilgesellschaft erwägt, juristisch gegen die Aufnahme von Gas und Kernenergie in die Taxonomie vorzugehen. Sowohl Greenpeace als auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kündigten an, rechtliche Schritte zu prüfen (Greenpeace 2022; DUH 2022). In jedem Fall sind jahrelange juristische Auseinandersetzungen rund um die Taxonomie zu erwarten.

Empfehlungen/Position Germanwatch:

Germanwatch bedauert die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die Taxonomie. Eines der Schlüsselinstrumente für die umfassende Transformation der deutschen und europäischen Wirtschaft wird dadurch **schwer beschädigt und verliert massiv an Glaubwürdigkeit. Ein ursprünglich wissenschaftsbasiertes Instrument wurde aufgrund von politischen Erwägungen einzelner europäischer Mitgliedsstaaten zurechtgebogen.**

Das ist deshalb besonders tragisch, weil die Taxonomie – ursprünglich geschaffen, um Greenwashing zu verhindern – **nun selbst massives Greenwashing von nicht nachhaltigen Technologien ermöglicht.** Die Entscheidung unterminiert die Investitionssicherheit für den notwendigen sozialverträglichen Strukturwandel zur Klimaneutralität, da auch nicht nachhaltige Unternehmensaktivitäten nun vorrausichtlich leichter an frisches Geld kommen. **Dies droht die notwendige Transformation zentraler Wertschöpfungsketten zu verzögern.**

Trotz des Glaubwürdigkeitsverlustes, den die Taxonomie durch die Aufnahme von fossilem Erdgas und Atomenergie in die nachhaltigen Aktivitäten erlitten hat, **bleibt die Grundidee der Taxonomie weiterhin sinnvoll. Positiv ist ebenso, dass sowohl über Erdgas- als auch Nuklear-Wirtschaftsaktivitäten separat berichtet werden muss. Hier ist also immerhin eine gewisse Transparenz bezüglich beider Aktivitäten gesichert.**

Eine wissenschaftsbasierte Ausarbeitung der noch verbleibenden Umweltziele sollte nun umso mehr Anspruch der EU-Kommission sein. **Das Instrument ist zwar beschädigt – dennoch bleiben die restlichen Bereiche der Taxonomie klimapolitisch überaus relevant.**

Auch die Bundesregierung sollte sich einer Klage gegen den Rechtsakt anschließen.

4 Fahrplan für die Zukunft: Wie es mit der Taxonomie weitergeht

Die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ist zuletzt wieder etwas in den Hintergrund gerückt. Allerdings steht der **zweite Teil der EU-Taxonomie, die Ausdifferenzierung der verbleibenden vier Umweltziele („Taxo-4“) in den einzelnen technischen Screening-Kriterien noch aus** (siehe Abbildung 1). Bisher hat lediglich die „Platform on Sustainable Finance“ ihre Vorschläge für die verbleibenden vier Umweltziele vorgelegt. Die Kommission hat angekündigt, noch 2022 die entsprechenden Kriterien zu veröffentlichen. Nachdem das nicht passiert ist, ist mit den Kriterien im ersten Quartal des Jahres 2023 zu rechnen. **Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage, ob die Taxonomie noch auf weitere nicht-grüne Aktivitäten auszuweiten ist.** Offen ist nämlich, wie auch Industrien, die laut Taxonomie nicht unter die „nachhaltigen“ Aktivitäten fallen, ihre Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit darstellen können. Diesbezüglich hat die „Platform on Sustainable Finance“ eine Erweiterung um „gelbe“ und „rote“ Wirtschaftsaktivitäten vorgeschlagen (für eine ausführliche Darstellung: Bericht der Platform on Sustainable Finance 2022). So könnten noch mehr Wirtschaftsbereiche inkludiert werden. Diese Forderung wird auch von zahlreichen Finanzinstituten unterstützt. So fordert etwa der deutsche Bankenverband, dass die Taxonomie endlich die Gesamtwirtschaft in den Blick nehmen sollte. Denn die bisherige rein „grüne“ Taxonomie reiche nicht, um den Klimaschutz voranzubringen: „Wir müssen von der ‚Green Economy‘ zu ‚Greening the Economy‘“, so der Verband. Im nächsten Schritt wird die Kommission sich mit den Vorschlägen der Plattform befassen und über eine Erweiterung der Taxonomie entscheiden.

Empfehlungen/Position Germanwatch:

Germanwatch ist für die Einführung weiterer Taxonomiekategorien, etwa einer „gelben“ **Transformationskategorie**. Finanzwirtschaftsakteur:innen und auch die Realwirtschaft müssen in Zukunft noch stärker in der Lage sein, ihre Bemühungen für die Transformation abbilden zu können. Dazu gehören auch Aktivitäten, die zwar am aktuellen Stand gemessen nicht „grün“ sind, aber eben sehr wohl einen Beitrag zur Transformation hin zur mehr Nachhaltigkeit im Sinne der im Green Deal definierten Umweltziele leisten. Grundsätzlich ist von entscheidender Bedeutung, dass **die Taxonomie eine solide Bewertung von Klimarisiken unterstützt und künftig noch besser unterstützen wird** – denn dies ist gegenwärtig eindeutig das Haupthindernis für die Umlenkung von Finanzströmen.

Die aktuelle Ausgestaltung der Klimataxonomie führt in der Praxis teilweise zu **äußerst niedrigen Taxonomiekompatibilitätsraten**. Dies führt auch zu Unsicherheit, wie Marktakteur:innen und auch Endkonsument:innen, die etwa in Exchange Traded Funds (ETFs) oder nachhaltige Fonds anlegen, die Taxonomieangaben zukünftig interpretieren werden. Es wird auf kurze und mittlere Sicht keine 100%-Taxonomie-kompatiblen Fonds oder ETFs geben. **Aus Sicht von Germanwatch ist es aber dennoch richtig und gut, dass die jetzt erarbeitete Klimataxonomie klar, deutlich und eben auch ambitioniert definiert (mit den angeführten Mängeln bei Gas, Atomkraft und Holzwirtschaft), was tatsächlich eindeutig grün und nachhaltig ist.** Dennoch sollte dieses Verständnis von Nachhaltigkeit etwa durch die Transformationskategorie ergänzt werden. **Es bleibt festzuhalten, dass eine Taxonomie immer vereinfacht.** Sie wird ein komplexes Nachhaltigkeitsverständnis nie ganz abbilden können und für ihre Funktionsweise ist dies auch nicht erforderlich.

5 Soziale Taxonomie

Wie in anderen bereits erwähnten Bereichen stehen aktuell noch einige Reaktionen der EU-Kommission auf Vorschläge des eigenen Expert:innengremiums aus. Etwa in Bezug auf die Vorschläge zu einer möglichen Sozialen Taxonomie, die die Plattform der Kommission zur Sichtung im Februar 2022 vorgelegt hat. **Übergeordnetes Ziel ist, einen positiven Beitrag in der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit in Form einer Taxonomie zu definieren.** Eine soziale Taxonomie soll in Abgrenzung zu den sozialen Mindeststandards in der Klimataxonomie darlegen, was einen besonders positiven sozialen Effekt hat. Die Entwürfe der Plattform hierzu bauen unter anderem auf der Europäischen Sozialcharta, der EU-Charta der Grundrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention auf. Stark debattiert wurde seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, ob auch Investitionen in Waffen und Rüstung in die soziale Taxonomie als „nachhaltig“ aufgenommen werden sollten. Wie die Diskussion um Investitionen in Rüstung und Waffen zeigt, ist die Debatte darüber, was einen positiven sozialen Beitrag leistet, leider oft sehr wertegetrieben und deshalb besonders komplex. Die Entwürfe der Kommission zur sozialen Taxonomie werden für Ende 2022/Anfang 2023 erwartet. Im Moment scheint die Entwicklung der Sozialtaxonomie allerdings nicht mehr zu den Prioritäten der Europäischen Kommission zu gehören.

Empfehlungen/Position Germanwatch:

Germanwatch ist enttäuscht, dass die Entwicklung der Sozialtaxonomie nicht mehr zu den Prioritäten der Europäischen Kommission gehört. Aus der Perspektive von Germanwatch ist es zudem wichtig zu betonen, dass die Sozialtaxonomie etwas anderes definieren will als soziale Mindeststandards. Dies wird häufig verwechselt.

Bezüglich der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit:

Germanwatch ist der Meinung, dass die angebotenen Mindeststandards der EU-Klimataxonomie, wenn sie strikt umgesetzt werden, ebenfalls sehr wirksam sind. Wir begrüßen daher, dass solche sozialen Mindeststandards in die Klimataxonomie aufgenommen werden. Die AG „Minimum Safeguards“ der „Platform on Sustainable Finance“ hat entsprechende Vorschläge veröffentlicht. **In diesem Zusammenhang sind wir besorgt über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die zugrundeliegende Methodik für potenzielle Indikatoren durch Rating-Agenturen und hoffen, dass diese bald angepasst werden.**

Die sozialen Mindeststandards stellen eine wichtige Basis da, die später auch von anderen Akteur:innen operationalisiert werden kann. Dies gilt insbesondere auch für Rating-Agenturen oder für den internationalen Aktienindex „MSCI World“.

Exkurs: Offenlegungspflichten im Rahmen der EU-Taxonomie

Ein weiterer sehr wichtiger Teil der Taxonomie hat in den letzten Monaten Aufsehen erregt und stand vermehrt in der Kritik – die Offenlegungspflichten. Grundsätzlich sind die Offenlegungspflichten der Taxonomie **an die Offenlegungspflichten im Rahmen der Non-Financial Reporting Directive (NFRD) sowie der nun neu aufgelegten Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) gekoppelt. Das bedeutet, dass die EU-Taxonomie von allen Unternehmen angewendet werden muss, die unter die NFRD bzw. zukünftig die CSRD fallen.**¹ Diese Akteure müssen dann über die in der Taxonomie festgelegten Key Performance Indicators (KPI) berichten, welche sich für Unternehmen und Finanzmarktakteure unterscheiden.

Berichterstattung unter der EU-Taxonomie:

- Ab **1. Januar 2022** müssen für das Berichtsjahr 2021 alle Nicht-Finanzunternehmen und Finanzunternehmen berichten, die unter die Berichtspflicht nach der NFRD fallen.
- Ab **1. Januar 2026** müssen für das Berichtsjahr 2025 alle Nicht-Finanzunternehmen und Finanzunternehmen berichten, die unter die erweiterte Berichtspflicht nach der CSRD fallen.
- Berichtet wird in Form **von nichtfinanziellen Erklärungen/Lageberichten** oder in einem **gesonderten (Nachhaltigkeits-)Bericht**.

Was muss von Unternehmen berichtet werden?²

- Der Anteil der **Taxonomie-fähigen und Taxonomie-kompatiblen** Wirtschaftstätigkeiten an am Gesamtumsatz und an den Investitionsausgaben (**Capex**) und Betriebsausgaben (**Opex**) muss berichtet werden.
- Die für diese Offenlegung relevanten, in Abschnitt 1.2 von Anhang I der Delegierten Verordnung genannten qualitativen Angaben müssen berichtet werden.

Um **Taxonomie-fähig** zu sein oder als nachhaltige Tätigkeit zu gelten, muss eine wirtschaftliche Tätigkeit einen wesentlichen Beitrag zu mindestens einem der sechs Umweltziele der Taxonomie leisten. Eine förderfähige Tätigkeit wird zu einer **Taxonomie-kompatiblen** Aktivität, wenn sie einen wesentlichen Beitrag zu einem der sechs Umweltziele gemäß den technischen Screening-Kriterien leistet, dabei keinen signifikanten Schaden („Do no significant harm“) in Bezug auf die anderen Umweltziele auslöst und soziale Mindeststandards einhält.

¹ Hier findet sich eine ausführliche Übersicht darüber, welche Unternehmen unter die CSRD fallen.

² Die Pflichtangaben ergeben sich aus Art. 8 der EU-Taxonomie-Verordnung ((EU) 2020/852), der hierzu erlassenen Delegierten Verordnung (C(2021) 4987) sowie den Anhängen der Delegierten Verordnung und weiteren delegierten Rechtsakten. Art. 10 der Delegierten Verordnung (C(2021) 4987) beschreibt, ab wann welche Taxonomie-Angaben zu veröffentlichen sind.

Diese Angaben veröffentlichen die Unternehmen zukünftig zum Beispiel in sogenannten Reporting-Tabellen:

	% Taxonomie-fähig (Taxonomy eligible)	% Taxonomie-kompatibel (Taxonomy aligned)
Investment (CapEx)	73%	71%
Betriebsausgaben (OpEx)	61%	50%
Gesamtumsatz (revenue)	18%	14%

Tabelle 1: Beispiel für eine Reporting-Tabelle.

Über Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Erdgas und Atomenergie stehen, muss separat berichtet werden.³ Für die betroffenen Unternehmen bedeutet die Berechnung dieser Taxonomie-KPIs sowie die Erhebung der entsprechenden Daten einen erheblichen Mehraufwand – je nachdem, inwieweit das Unternehmen sehr viele Daten vollständig neu erheben muss oder dies bereits vorher getan hat. Die zu veröffentlichenden Daten bieten aber auch vielerlei neue, wertvolle Informationen:

- Eine differenzierte Taxonomie-Berichterstattung, das heißt eine Differenzierung zwischen Taxonomie-fähig und -kompatibel sowie eine Berichterstattung nach Aktivität ist Indikator dafür, wie ernst ein Unternehmen Nachhaltigkeitsberichterstattung nimmt.
- Wenig Aussagekraft haben die Taxonomie-KPIs beim Vergleich von Unternehmen aus verschiedenen Sektoren. Dafür können die KPIs spannende Anhaltspunkte für den Vergleich von Unternehmen aus dem gleichen Sektor, z. B. aus der Automobilbranche, liefern. So können etwa Analysten schnell ablesen, wie Konkurrenzunternehmen bezüglich Nachhaltigkeit im Vergleich aufgestellt sind.
- Die KPIs geben auch Hinweise dazu, welche Sektoren bei der Transformation noch einen sehr weiten Weg gehen müssen (hohe Taxonomiefähigkeit, geringe Taxonomiekompatibilität). Außerdem geben sie Aufschluss darüber, welche Sektoren hohe oder niedrige Taxonomie-fähige Aktivitäten besitzen.
- Unternehmen helfen die Taxonomie KPIs dabei, zu erfassen, was überhaupt in ihren Geschäftsaktivitäten nachhaltig sein kann und wie sie aktuell bezüglich Nachhaltigkeit aufgestellt sind. Sie helfen Unternehmen also als Steuerungstool, auch in Bezug auf ihre Klima- und Nachhaltigkeitsrisiken.

Insgesamt steigt durch die Berichtspflichten der EU-Taxonomie der Informationsumfang, der den Unternehmen selbst, aber auch Finanzakteur:innen und sonstigen Beobachter:innen wichtige Aufschlüsse über einzelne Unternehmen und Branchen geben kann, enorm an.

³ Siehe folgenden [Report](#).

Was muss von Finanzunternehmen und Kreditinstituten berichtet werden?^{4 5}

1. **Gesamt-Green Asset Ratio (GAR)** für Finanzierungstätigkeiten gegenüber Finanzunternehmen für alle Umweltziele.
2. **Gesamt-GAR für Finanzierungstätigkeiten** gegenüber Nicht-Finanzunternehmen für alle Umweltziele.
3. **GAR für Wohnimmobilienkredite**, einschließlich Gebäudesanierungskredite für den Klimaschutz.
4. **GAR für Kfz-Kredite an Privatkunden** mit dem Ziel des Klimaschutzes.
5. **GAR für Kredite an lokale Gebietskörperschaften zur Wohnungsbaufinanzierung** und andere Spezialfinanzierungen.
6. **GAR für zur Veräußerung gehaltene, wieder in Besitz genommene gewerbliche und private Immobiliensicherheiten.**

PLUS: Die in Anhang XI der Delegierten Verordnung genannten qualitativen Angaben. Quelle: [Deutscher Nachhaltigkeits Kodex \(2022\)](#).

Die oben genannten Berichtspflichten von Kreditinstituten werden in sogenannten **Green Asset Ratios (GAR)** angegeben. Hier haben sich in der Anwendung Probleme ergeben: Aktuell ist nicht vorgesehen, grüne Kredite an **nicht-berichtspflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)** in den Pflichtangaben einzubeziehen – diese fallen nämlich vielfach (noch) nicht unter die NFRD/CSRD.⁶

Das führt in vielen Fällen zu sehr niedrigen GAR – teilweise sind diese sogar gleich „null“. Hier besteht die **Gefahr, dass ohne die Berücksichtigung von KMU die positiven ökologischen Leistungen des europäischen Mittelstandes in den GARs völlig verborgen bleibt** (siehe hierzu [Süddeutsche Zeitung](#) und [Tagesschau](#), März 2022). **So gehen wichtige Transformationsanreize für den Mittelstand sowie für mittelstandsfinanzierende Kreditinstitute verloren** – also genau das, was die Taxonomie durch ihre Hebelwirkung eigentlich erreichen soll.

⁴ Die Pflichtangaben ergeben sich aus Art. 8 der EU-Taxonomie-Verordnung ((EU) 2020/852), der hierzu erlassenen Delegierten Verordnung (C(2021) 4987) sowie den Anhängen der Delegierten Verordnung und weiteren Delegierten Rechtsakten. Art. 10 der Delegierten Verordnung (C(2021) 4987) beschreibt, ab wann welche Taxonomie-Angaben zu veröffentlichen sind.

⁵ Die wichtigsten Leistungsindikatoren einschließlich etwaiger nach den Anhängen III (für Vermögensverwalter), V (für Kreditinstitute), VII (für Wertpapierfirmen), IX (für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen) und XI (für alle Finanzunternehmen) der Delegierten Verordnung zu liefernden Begleitinformationen müssen ab dem 01. Januar 2024 bereitgestellt werden.

⁶ Während auch Kredite gegenüber nicht-NFRD/CSRD-berichtspflichtigen Unternehmen im Nenner der Ratio einbezogen werden müssen, dürfen im Zähler der Ratio nur „nachhaltige“ Kredite an NFRD/CSRD-berichtspflichtigen Unternehmen enthalten sein.

Empfehlungen/Position Germanwatch:

Aus Sicht von Germanwatch sind die **Berichtspflichten** im Rahmen der EU-Taxonomie **ein weiteres wichtiges Puzzlestück innerhalb zukunftsfähiger Finanzmarktregulierung**. Als Transparenzinstrument leisten die Berichtspflichten einen wichtigen Beitrag dazu, als Wegweiser **effiziente und zukunftsfähige Kapitalallokation durch die Finanzmärkte** sicherzustellen.

Der erhebliche zusätzliche Personal- und Kapazitätsaufwand für Unternehmen und Finanzakteur:innen ist auch dem Umstand geschuldet, dass die EU-Taxonomie ein neues Kapitel in der europäischen Nachhaltigkeitsberichtserstattung einläutet. Unserer Einschätzung nach werden sich nach mehrjähriger Einlauf- und Bewährungszeit der Aufwand und die Kosten der Berichterstattungspflichten reduzieren. **Die erhobenen Daten werden zusätzliche Möglichkeiten zur effektiven Unternehmenssteuerung generieren.**

Nichtsdestotrotz müssen Anwendungsprobleme der Taxonomie schnellstmöglich ausgeräumt werden. Ein Problem ist etwa, dass die gegenwärtigen Regelungen zur Taxonomie-Berichterstattung zu strukturellen Nachteilen von berichtspflichtigen mittelstandsfinanzierenden Kreditinstituten führen. Dies gilt vor allem im Vergleich zu Kreditinstituten, die überwiegend große berichtspflichtige kapitalmarktorientierte Unternehmen finanzieren. **Damit werden beispielsweise kleine, regionale Investitionsbemühungen im Rahmen der Energiewende zugunsten von Großprojekten benachteiligt.** Hier sollte der Gesetzgeber schnell nachjustieren – auch um im für die Transformation so entscheidenden Mittelstandssektor die richtigen Anreize zu setzen.

Germanwatch ist außerdem besorgt darüber, dass die mit der Taxonomie verbundene **Regulierung den überwiegenden Teil der Kapazitäten aufseiten der Investor:innen/Kreditgeber im Bereich Nachhaltigkeit zu absorbieren scheint**. Es sollte darauf geachtet werden, dass eine Taxonomie **nicht die Notwendigkeit eines starken moralischen Kompasses und eines breiteren Verständnisses dessen, was nachhaltige Entwicklung bedeutet, ersetzt**.

6 Quellen

BMK Infothek (2021): „Weiteres Gutachten zur EU-Taxonomie: Atomkraft nicht nachhaltig“; <https://infothek.bmk.gv.at/rechts-gutachten-eu-taxonomie-atomkraft-keine-nachhaltige-investition/>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Deutsche Umwelthilfe (DUH) (2022): „EU-Parlament stimmt für Greenwashing von Erdgas und Atomkraft: deutsche Umwelthilfe prüft rechtliche Schritte“; <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/eu-parlament-stimmt-fuer-greenwashing-von-erdgas-und-atomkraft-deutsche-umwelthilfe-prueft-rechtliche/>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Deutscher Nachhaltigkeits Kodex (2022): „DNK Taxonomie Tactsheet“: https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de-DE/Documents/PDFs/Sustainability-Code/Taxonomie_Factsheet_DNK_August21.aspx, zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Europäische Kommission (2022): „EU taxonomy for sustainable activities“. https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/sustainable-finance/eu-taxonomy-sustainable-activities_en; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Europäische Kommission (2022a): „Komplementärer delegierter Rechtsakt 2021/2139“, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R1214&from=EN>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

FAZ (2022): „Umwelthilfe: Deutschland muss notfalls gegen die Taxonomie stimmen.“; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-umwelthilfe-notfalls-gegen-taxonomie-klagen-17724962.html>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Germanwatch (2021a): „Die EU verabschiedet den ersten Teil der EU-Taxonomie im Bereich Klimaschutz“. <https://www.germanwatch.org/de/21313>; zuletzt abgerufen: 2022-09-01.

Greenpeace (2022): „Taxonomie: Greenpeace kündigt Klage an, nachdem die EU-Abgeordneten es nicht geschafft haben, Gas und Atomkraft auszuschließen“; <https://www.greenpeace.org/luxembourg/de/presseerklaeungen/14633/taxonomie-greenpeace-kuendigt-klage-an-nachdem-die-eu-abgeordneten-es-nicht-geschafft-haben-gas-und-atomkraft-auszuschliessen/>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Platform for Sustainable Finance (2022): „The Extended Environmental Taxonomy“, https://finance.ec.europa.eu/system/files/2022-03/220329-sustainable-finance-platform-finance-report-environmental-transition-taxonomy_en.pdf; zuletzt aufgerufen: 2023-01-05.

Spiegel (2022): „Wie Berliner Regierungschas Macrons Atomerfolg ermöglichte“; <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-taxonomie-chaos-in-merkel-regierung-ermoeglichte-frankreichs-atomkraft-erfolg-a-77be5daa-191b-4d1c-b0f8-3e370c423ac4>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Zeit (2022): „Österreich will Klage gegen Ökolabel für Atom- und Gaskraft einreichen“; <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-07/taxonomieverordnung-oesterreich-klage-oeko-label-eu-parlament-eugh>; zuletzt aufgerufen: 2022-09-01.

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

Spenden per SMS: Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Mitgliedschaft: Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:

Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.germanwatch.org
oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.